

### Besser für die Menschen.



Bundesvorstand

## Ronald Pofalla – neuer Generalsekretär

**Die CDU wird intensiv über ihr Grundsatzprogramm diskutieren und es überarbeiten.**

Das kündigte Parteichefin Angela Merkel nach einer Sitzung des Bundesvorstands an, in der das Führungsgremium den Bundestagswahlkampf 2005 analy-

sierte. Die Vorsitzende sprach von einer „sehr nützlichen, in die Zukunft gerichteten Debatte“ im Bundesvorstand, die von großer Ernsthaftigkeit getragen gewesen sei. In den rund 30 Wortmeldungen hätten sich die Redner auf die Frage konzentriert, wie die CDU das Vertrauen ▶

### INHALT

Brief des neuen  
Generalsekretärs an  
die Partei  
Seite 3

Rheinland-Pfalz  
„Kräfte bündeln,  
Chancen nutzen –  
Offensive Ländlicher  
Raum“  
Seite 7

## HEUTE AKTUELL

■ 60 Jahre CSU: Herzlichen Glückwunsch! (S. 4)
 ■ Antrittsbesuch der Bundeskanzlerin in Polen (S. 4)
 ■ „Familienland Thüringen“ (S. 5)
 ■ Landesgeschäftsführerkonferenz (S. 5)
 ■ Niedersachsen: Wulff benennt neuen Generalsekretär (S. 6)
 ■ Landtagsfraktion Niedersachsen: Nachwahlen zum Vorstand (S. 6)
 ■ Saarland: Selbstverwaltung des Handwerks gestärkt (S. 8)
 ■ NRW: Behindertenbeauftragte ernannt (S. 8)
 ■ Hessen: „Schul-TÜV“ gestartet (S. 9)
 ■ L. Meyer: Innovationsimpulse setzen (S. 10)
 ■ P. Bleser: Grüne kassieren mangelnde Kontrollen bei Gammelfleisch (S. 11)
 ■ K. Reiche/I. Aigner: Nationale Raumfahrtstrategie erforderlich (S. 11)
 ■ W. Börsnen: Kultur ist Deutschlands Kernkompetenz (S. 12)
 ■ K. Riegert: Bürgerschaftliches Engagement stärken (S. 13)
 ■ P. Bleser/J. Klöckner: Weinqualität international festschreiben (S. 14)

► der Menschen gewinnen könne. Die Vorsitzende berichtete, man sei sich im Vorstand einig gewesen, dass in der Vergangenheit zu oft Erwartungen geweckt wurden, die von der Politik dann enttäuscht worden seien. Deshalb stimme man darin überein, dass es richtig gewesen sei, einen „Wahlkampf der Ehrlichkeit“ zu führen. Die Bundeskanzlerin verwies darauf, dass die Politik insbesondere unter Rot-Grün stets Erwartungen geweckt habe, die letztlich zu Enttäuschungen geführt hätten. Dadurch sei das Vertrauen der Menschen in die Gestaltungskraft von Politik erheblich gestört worden. Für die CDU als Regierungspartei bestehe jetzt jedoch die „riesige Chance“, das „Verhältnis von Erwartung und Erfolg wieder in eine Balance zu bringen“ und damit aus dieser Negativspirale auszubrechen.

Als eine Kernfrage der gesellschaftlichen und politischen Debatte identifizierte der Bundesvorstand die Frage „Was ist sozial? Was bedeutet das für die Soziale Marktwirtschaft unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts?“ Auch müsse eine Antwort auf die Frage gefunden werden, was diese Entwicklung für die christ-

demokratischen Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit bedeute. In den kommenden 20 bis 24 Monaten sei die gesamte Partei deshalb aufgerufen, sich an dieser Grundsatzdiskussion zu beteiligen.

Zu Beginn der Sitzung nominierte der Bundesvorstand einstimmig Ronald Pofalla für das Amt des Generalsekretärs. Ronald Pofalla übernimmt das Amt von Volker Kauder, der mit dem Vorsitz der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag eine neue Aufgabe übernommen hat. Der Bundesvorstand dankte Volker Kauder für seine als Generalsekretär geleistete Arbeit mit langanhaltendem Beifall.

CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla betonte, er werde darauf hinarbeiten, das „Profil der CDU in der Großen Koalition sichtbar und deutlich zu machen“. Dazu müsse sich die Partei auch in Zukunft „als moderne Volkspartei des 21. Jahrhunderts“ präsentieren und weiterentwickeln. Die Bundespartei werde die Kanzlerschaft von Angela Merkel unterstützen, aber auch die wichtige Arbeit der übrigen CDU-Verbände. Allein im kommenden Jahr gelte es, fünf Landtags- und zwei Kommunalwahlen erfolgreich zu bestreiten.

IMPRESSUM

The logo consists of the letters 'UD' in a bold, white, sans-serif font, set against a dark orange background. The 'U' and 'D' are connected at the top.



## Liebe Parteifreunde,

am 5. Dezember wurde ich auf Vorschlag der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, vom Bundesvorstand für das Amt des Generalsekretärs der CDU Deutschlands einstimmig nominiert. Für diese Nominierung bin ich dankbar und werde mit aller Kraft und von ganzem Herzen dafür arbeiten, diesem Vertrauen, welches mir entgegengebracht wurde, gerecht zu werden.



Ich möchte auf diesem Wege vor allem meinem Vorgänger, Volker Kauder, für seine erfolgreiche Arbeit danken. Er hinterlässt mir eine geschlossene, starke Partei und ein engagiertes Team im Konrad-Adenauer-Haus. Das ist eine gute Ausgangsbasis für die weitere Arbeit.

Ich übernehme das Amt des Generalsekretärs in einer sicherlich ungewöhnlichen, aber auch spannenden Zeit. Meine Erfahrung aus 30 Jahren CDU-Politik, als Kreisvorsitzender in meinem Heimatkreisverband Kleeve, als Bezirksvorsitzender der CDU Niederrhein, als Fraktionsvorsitzender in der Gemeinde Weeze, später als Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Fraktionsvorsitzender möchte ich einbringen, um mit Ihnen dazu beizutragen, dass die CDU geschlossen und kampfstark bleibt, auch angesichts der Herausforderung einer Großen Koalition auf Bundesebene. Hierbei gilt es insbesondere, das Spannungsverhältnis zwischen der notwendigen Unterstützung der Kanzlerschaft von Angela Merkel und dem Erfordernis, die CDU als eigenständige Partei in einer Großen Koalition sichtbar

zu machen, zu bewältigen. Eine Voraussetzung hierfür ist, unser inhaltliches Profil weiter zu schärfen und auf neue Fragen des 21. Jahrhunderts – diese resultieren insbesondere aus den Herausforderungen des demografischen Wandels und der Globalisierung – Antworten zu geben. Daher wollen wir unser Grundsatzprogramm in

diesem Sinne weiter entwickeln. Hierzu wird die Partei in einem ausführlichen Diskussionsprozess in ihrer gesamten Breite ausführlich beteiligt und gehört. Richtschnur hierbei ist und bleibt unser christliches Werteverständnis und Menschenbild.

Wir wollen weiter Wahlen gewinnen auf allen Ebenen, beginnend mit den drei wichtigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz sowie den Kommunalwahlen in Hessen im kommenden Frühjahr. Hierzu werden das Konrad-Adenauer-Haus und ich ganz persönlich mit vollem Engagement und Herzblut unseren Beitrag leisten. Ich bin zuversichtlich, dass wir die anstehenden Wahlen gemeinsam erfolgreich werden bestreiten können.

Ich freue mich auf eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit mit Ihnen. Ich sichere Ihnen bereits heute zu, für Fragen, Anregungen, auch für kritische Anmerkungen, jederzeit ein offenes Ohr zu haben.

Mit herzlichen Grüßen

Ronald Pofalla

60 Jahre CSU

## Herzlichen Glückwunsch!

**Zum 60. Geburtstag der CSU hat die CDU-Vorsitzende, Angela Merkel, die Volksverbundenheit, die Bodenständigkeit und den Humor der CSU und ihrer Mitglieder gewürdigt.**

Dass sich die CSU ihre Erneuerungsfähigkeit bewahrt und dabei zugleich ihre Wurzeln gestärkt habe, sei eines ihrer „Erfolgsrezepte“, erklärte die Bundeskanzlerin auf der zentralen Jubiläumsveranstaltung in München. In ihrer Rede verwies die Kanzlerin auf die historischen Leistungen von CDU und CSU. Die beiden Schwestert Parteien hätten in den vergangenen Jahrzehnten einen beispiellosen politi-



schen Weg zurückgelegt, sagte die CDU-Vorsitzende. Die Quellen des Erfolges von CDU und CSU seien ihre Verpflichtung auf das Gemeinwohl, der Mut zu Kontroversen, die Fähigkeit zur Integration und das Bekenntnis zu einem klaren Kurs. Vor allem die Kraft zur Integration

würden CDU und CSU angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts brauchen, um weiterhin als Volksparteien bestehen zu können. „In dieser schwierigen Zeit Heimat zu sein, Anker zu sein – das ist die große Aufgabe von CDU und CSU,“ hob Angela Merkel hervor. „Wir wissen, dass wir Politik zum Wohle der Menschen machen müssen“, sagte Merkel. Auch deshalb müssten „vernünftige Haushalte“ der Schwerpunkt der Politik der Union in den nächsten Jahren sein, betonte die Bundeskanzlerin. „Wir sind es unseren Kindern und Enkeln schuldig, dass wir nachhaltig wirtschaften.“

### ANTRITTSBESUCH IN POLEN

Anlässlich ihres Antrittsbesuchs in Polen traf Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Gesprächen mit dem designierten polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczynski sowie Ministerpräsident Kazimierz Marcinkiewicz zusammen. Die Bundeskanzlerin betonte, dass sie zu Beginn ihrer Amtszeit „sehr bewusst nicht nur nach Frankreich, sondern auch nach Polen

gefahren“ sei und bezeichnete die deutsch-polnische Aussöhnung als „eine der wichtigsten Errungenschaften der gemeinsamen Nachkriegsgeschichte. Merkel unterstrich, beide Seiten wollten ihre Beziehung „zukunftsgerichtet ausrichten.“ Dabei werde man aber die



Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Kazimierz Marcinkiewicz

Vergangenheit nicht verdrängen.



## „Familienland Thüringen“

Der 20. Landesparteitag der CDU Thüringen hat in Altenburg mit deutlicher Mehrheit das Thesenpapier „Familienland Thüringen“ verabschiedet. Damit stellen sich die Delegierten hinter den von der Landesregierung eingeschlagenen Kurs der Thüringer Familienoffensive.

Das Thesenpapier umfasst 14 Thesen zur Familienpolitik in Thüringen. Angesprochen werden unter anderem die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den bundesweit vorbildlichen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab 2 Jahre, die gestärkte Wahlfreiheit der Eltern, die Förderung der frühkindlichen Bildung durch verbindliche Bildungs- und



Ministerpräsident Dieter Althaus beim Landesparteitag

Erziehungspläne, die kindbezogene Förderung und die Stärkung der Elternkompetenz durch die Landesstiftung FamilienSinn.

„Der Staat kann für außerhäusliche Betreuung sorgen, er kann die materielle Voraussetzung der Familien verbessern, aber er kann nicht die Eltern ersetzen“, warb

der Landesvorsitzende und Thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus für die Familienpolitik der Landesregierung. Daher setzt die CDU Thüringen auf eine Förderung der Familien über die Eltern und Kinder.

Das Thesenpapier steht unter [www.cdu-thueringen.de](http://www.cdu-thueringen.de) zum Download bereit.

### LANDESGESCHÄFTSFÜHRER-KONFERENZ

Auf seiner ersten Landesgeschäftsführer-Konferenz ließ der designierte Generalsekretär, Ronald Pofalla, bei den anwesenden Generalsekretären und Landesgeschäftsführern keinen Zweifel darüber aufkommen, wo er den Schwerpunkt seiner zukünftigen Arbeit im Konrad-Adenauer-Haus sieht: „Die eigen-

ständige Rolle der CDU muss klar herausgearbeitet werden.“ In der Vorstellung seiner Ziele machte er aber auch deutlich, dass die Große Koalition reibungslos arbeiten und noch bis Weihnachten notwendige Gesetzesvorhaben erfolgreich auf den Weg bringen müsse. Ein weiterer wichtiger Programmpunkt war die Analy-

se des vergangenen Bundestagswahlkampfes. Auf Basis eines umfassenden Berichts durch den scheidenden Generalsekretär Volker Kauder und Bundesgeschäftsführer Johannes von Thadden wurden handwerkliche und strategische Verbesserungsvorschläge für kommende Kampagnen gemacht.

Niedersachsen

## Wulff benennt neuen Generalsekretär

Der Landesvorsitzende und Ministerpräsident von Niedersachsen, Christian Wulff, hat den Landtagsabgeordneten Ulf Thiele als neuen Generalsekretär vorgeschlagen. Thiele soll das Amt von Friedrich-Otto Ripke übernehmen, der als Staatssekretär in das Niedersächsische Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wechselt.

Ulf Thiele gehört seit 2003 dem Niedersächsischen Landtag an und hat sich schnell als versierter Umweltpolitiker einen Namen gemacht. „Seine Beru-



Ulf Thiele

fung ist gut für die CDU in Niedersachsen“, so der Ministerpräsident, da Thiele über ein hohes Maß an kommunal- und parteipolitischer Erfahrung verfüge. Dieses seien hervorragende Vor-

aussetzungen, um die CDU in den kommenden Kommunalwahlkampf zu führen.

„Wir müssen die Menschen mitnehmen auf dem Weg der Veränderungen“, beschrieb der designierte Generalsekretär eine seiner Prioritäten. „Wir müssen die Herzen der Bürgerinnen und Bürger erreichen. Jeder soll wissen: Wir sind für die Menschen da,“ betonte er. Seine zukünftige Aufgabe versterheer als „integrieren, koordinieren, motivieren“.

Voraussichtlich im Januar soll Ulf Thiele durch den Landesausschuss zum Generalsekretär gewählt werden.

### LANDTAGSFRAKTION: NACHWAHLEN ZUM VORSTAND

**Infolge der personellen Veränderung aufgrund der Bundestagswahl hat sich auch die niedersächsische Landtagsfraktion neu aufgestellt.**

Norbert Böhlke (Wahlkreis Seevetal) ist neuer sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Er tritt damit die Nachfolge der designierten Niedersächsischen Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann an. Neue Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion im

Petitionsausschuss des Landtages ist die Abgeordnete Editha Lorberg (Wedemark). Sie folgt in dieser neuen Funktion auf Norbert Böhlke. Sie ist auch Aussiedlerbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion. Darüber hinaus nominierte die CDU-Landtagsfraktion den Abgeordneten Karl-Heinrich Langspecht als neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Langspecht soll die Nach-

folge des neuen beamteten Staatssekretärs im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Friedrich-Otto Ripke antreten. Zum neuen Sprecher der CDU-Abgeordneten in der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderung an ein zukunftsfähiges Niedersachsen“ wurde der Abgeordnete Reinhold Hilbers aus Wietmarschen (Landkreis Grafschaft Bentheim) gewählt.



Rheinland-Pfalz

## „Kräfte bündeln, Chancen nutzen – Offensive Ländlicher Raum“

Mit ihrer Veranstaltung „Ländlicher Raum – Raum mit Zukunft“ hat sich die CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz im Rahmen ihrer „Baustellen-Reihe“ mit einer ganz zentralen Fragestellung der Landespolitik befasst.

„Unser Land ist geprägt durch die Lebensverhältnisse in den ländlichen Räumen. Zwei Drittel der Menschen leben in Städten, Gemeinden und Dörfern unter 20.000 Einwohnern. Die Förderung der ländlichen Räume ist deshalb eine Schwerpunktaufgabe der Landespolitik,“ betonte der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr, die Bedeutung des ländlichen Raumes für Rheinland-Pfalz.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dieter Schmitt, erklärte, dass eine CDU-geführte Landesregierung gemeinsam mit den Verantwortlichen in den Regionen des Landes eine Strategie für den ländlichen Raum entwerfen werde: „Es darf nicht über die Köpfe der Menschen hinweg regiert wer-

den.“ Um dem ländlichen Raum eine Perspektive zu geben, sei es dringend notwendig, die verschiedenen vorhandenen Förderprogramme zu bündeln, so Michael Billen, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau des rheinland-pfälzischen Landtages. „Zahlreiche staatliche und nicht-staatliche Einrichtungen, die sich dem ländlichen Raum verpflichtet fühlen, agieren nebeneinander her und lassen oftmals ausreichende gegenseitige Information vermissen. Daher brauchen wir dringend eine Bündelung der Förderprogramme.“

Ganz entscheidend für die weitere Entwicklung des ländlichen Raumes sei eine Fortschreibung des Landesentwicklungsprogrammes, so Christine Schneider, agrarpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion. „Wir brauchen eine konsequente Beachtung des Prinzips der



Der Landes- und Fraktionsvorsitzende Christoph Böhr

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilregionen des Landes. Die Entwicklungsperspektiven und Potenziale der ländlichen Teilräume müssen klar in den Vordergrund gerückt werden.“

Einig sind sich alle Beteiligten auch in der Forderung nach einem Kulturförderprogramm. Christoph Böhr: „Ohne unsere Bauern und Winzer ist der Erhalt unserer Kulturlandschaften, die prägend sind für das Bild unseres Landes, nicht denkbar. Wir müssen unsere Bauern und Winzer unterstützen, damit sie diese Zukunftsaufgabe auch künftig im Interesse von uns allen weiterführen können.“

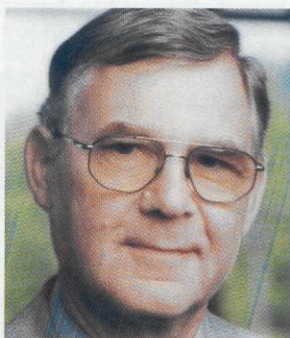
## Saarland

# Selbstverwaltung des Handwerks gestärkt

**Die Handwerkskammer des Saarlandes wird in Zukunft für die Ausnahme genehmigungen nach der Handwerksordnung zuständig sein.**

Das teilte der saarländische Wirtschafts- und Arbeitsminister Hanspeter Georgi mit. Die Novelle der Handwerksordnung (HwO) habe diese Deregulierung möglich gemacht. Schon bisher wurde die Kammer um Beurteilung des Antrages gebeten und meist konnte sich das bisher zuständige Wirtschaftsministerium dieser Entscheidung anschließen.

Georgi: „Die Übertragung der Ausnahmeverfahren in die Zuständigkeit der Handwerkskammer des



Hanspeter Georgi

Saarlandes führt zu einer Straffung und Vereinfachung der Verfahren.“ Wie das Saarland verfahren jetzt die meisten Bundesländer. Nach der HwO ist zum selbstständigen Betrieb eines zulassungspflichtigen Handwerks (beispielsweise Maler und Lackierer, Stuckateure oder auch Friseure und

Gerüstbauer) die Eintragung in die Handwerksrolle erforderlich. Voraussetzung für eine solche Rolleneintragung ist das Bestehen der Meisterprüfung in den entsprechenden bzw. in einem mit diesem verwandten zulassungspflichtigen Handwerk.

Die Berechtigung zum selbständigen Betrieb eines solchen Handwerks kann aber ebenfalls im Wege einer sog. Ausnahmebewilligung nach §§ 8, 9 HwO oder durch Erteilung einer sog. Ausübungsberechtigung nach §§ 7a, 7b HwO erlangt werden. Im Saarland entschied bisher das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit über entsprechende Anträge nach §§ 7a, 7b, 8, 9 HwO.

## NRW: BEAUFTRAGTE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN ERNANNT

**Neue Beauftragte der nordrhein-westfälischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen ist Angelika Gemkow.**

„Angelika Gemkow ist eine ausgewiesene Sozialpolitikerin. Ihre Ernennung ist eine ausgezeichnete Wahl,“ gratulierte der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Rudolf

Henke. Henke verwies dabei insbesondere auf das Engagement Gemkows als Landtagsabgeordnete, Vorsitzende der Enquete-Kommission „Zur Situation und Zukunft der Pflege in Nordrhein-Westfalen“ sowie als



Angelika Gemkow

seniorenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion in der vergangenen Legislaturperiode. Henke: „Von daher kennt sie die spezifischen Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen gut.“



Hessen

## „Schul-TÜV“ gestartet

**Der hessische „Schul-TÜV“ hat seine Arbeit aufgenommen.**

Als erste Schule des Landes wurde die Gesamtschule Battenberg einer umfassenden Qualitätsanalyse unterzogen. Rund 50 weitere Schulenerhalten in den nächsten Monaten Besuch von einem Inspektorenteam. Die Ergebnisse dieser Pilotphase sind die Grundlage für den flächendeckenden Start des „Schul-TÜV“ im Schuljahr 2006/07.

Ziel der Schulinspektion ist es, die Stärken und Schwächen der einzelnen Schule zu ermitteln und ihnen wichtige Impulse für die weitere Entwicklung zu geben. Dabei geht es nicht um die Leistungen und die Bewertung einzelner Personen, sondern um die Schule als Ganzes, betonte Kultusministerin Karin Wolff in Battenberg. Die Inspektorinnen und Inspektoren bewerten sowohl äußere Rahmenbedingen wie das Schulumfeld, die Zusammensetzung der Schülerschaft, das Bildungsangebot am Standort und die Räumlichkeiten der Schule als auch schulspezifische Merkmale wie die Schulkultur, die Professionalität der Lehrkräfte



Karin Wolff

und die Schülerleistungen. Schwerpunkt der Inspektion vor Ort bilden Unterrichtsbesuche, bei denen die Inspektoren die Unterrichtsqualität der gesamten Schule in den Blick nehmen. Weitere Bestandteile sind ein Rundgang durch das Schulgebäude und über das Schulgelände sowie Interviews mit der Schulleitung, den Lehrkräften, Eltern, Schülern und Angestellten der Schule. Der Inspektionsbericht ist Ausgangspunkt für konkrete Zielvereinbarungen, die das Staatliche Schulamt mit der Schule erarbeitet. Gemeinsam wird über die erforderlichen Schritte für ein erneuertes Schulprogramm beraten, dessen Umsetzung nach einem vereinbarten Zeitraum wieder vom Institut für Qualitätsentwicklung (IQ) überprüft wird.

Grundlage der Qualitätsanalyse sind Erkenntnisse der Bildungsforschung und Qualitätskonzepte anderer europäischer Länder. Der Referenzrahmen „Schulqualität“, der den Schulinspektoren als Maßstab dient, umfasst sieben Qualitätsbereiche: Voraussetzungen und Bedingungen, Entwicklungsziele und Strategien, Führung und Management, Professionalität, Schulkultur, Lehren und Lernen, Ergebnisse und Wirkungen schulischer Bildungs- und Erziehungsarbeit

„Der kritische Blick von außen ist im Hinblick auf die Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen besonders wichtig“, sagte Wolff. „Wenn die Schulen schrittweise mehr Entscheidungsfreiheit in pädagogischen, personellen, finanziellen und organisatorischen Fragen erhalten, übertragen wir ihnen damit auch eine größere Verantwortung für die Ergebnisse ihrer Anstrengungen.“ Um die Vergleichbarkeit schulischer Entwicklung zu gewährleisten, sei nicht nur eine interne Überprüfung der Zielvorgaben notwendig, sondern auch ein externer „Schul-TÜV“ nach festgelegten Kriterien.



## Innovationsimpulse setzen

Die DIW-Studie „Innovationsindikator Deutschland 2005“ zeigt, dass Deutschland – immer noch Weltmeister beim Export – führend im Bereich der Hochtechnologien ist. Gleichwohl verdeutlicht die Analyse, dass wir nur Mittelmaß sind bei den zukunftssträchtigen Spitzentechnologien.



Larenz Meyer

Die führende Position Deutschlands in der Hochtechnologie ist unser Stand-

bein in der Gegenwart. Erfolg bei Innovation in Spitzentechnologien ist Zukunft.

Deutliche Schwächen zeigen sich im Bereich der Neugründungen, insbesondere bei den Finanzierungsbedingungen. Damit kann Deutschland nicht zufrieden sein. Unser Ziel muss es sein, wieder an die Spitze zu kommen.

Deshalb ist es richtig, dass CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag hierauf ihr Augenmerk legen. Ein Schwer-

## BACDJ: RÖTTGEN IM AMT BESTÄTIGT

Eine Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) der CDU Deutschlands hat Norbert Röttgen für weitere zwei Jahre im Amt des Vorsitzenden bestätigt.

In seinem Rechenschaftsbericht ging Röttgen auf die zahlreichen Aktivitäten des BACDJ und seiner Arbeitsgruppen und Fachkommissionen in den vergangenen zwei Jahren ein. Besonders hob er dabei den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD hervor, in den zwei wesentliche Projekte des BACDJ Aufnahme gefunden hätten: Mit dem „Berliner Programm zur Reform des Föderalismus“, das eine kleine Arbeitsgruppe

um Röttgen und den heutigen Kanzleramtsminister Thomas de Maizière im Juni 2003 erarbeitet hatte, konnte der BACDJ dies

seit dieser Zeit entwickelnde Reformdebatte wesentlich mit anschieben und mitprägen. Röttgen, der in der 2004 ohne Ergebnis beendeten „Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung“ als einer der Obleute agierte, zeigte sich auch über den im Koalitionsvertrag erzielten Konsens über eine Föderalismusreform zufrieden. Mit der Neuverteilung der Hochschulkompetenzen, der Abschichtung der Ge-



Norbert Röttgen

meinschaftsaufgaben von Bund und Ländern sowie der gänzlichen Abschaffung der Rahmengesetzgebung des Bundes wür-

den wesentliche Punkte aus dem „Berliner Programm“ des BACDJ nun Wirklichkeit.

Als Stellvertreter Röttgens wurde der Minister der Justiz des Freistaates Thüringen, Harald Schliemann gewählt. Norbert Röttgen, der auch das Amt des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekleidet, steht seit 2001 an der Spitze der CDU-Juristenorganisation.



punkt ist es, Innovationen zu beschleunigen und die Investitionstätigkeit wieder zu beleben. Dafür werden wir die Mittelstandsfinanzierung verbessern, eine Existenzgründungsoffensive starten und mehr Mittel für Forschung und Entwicklung zur Verfügung stellen. Außerdem werden wir attraktive Rahmenbedingungen für Wagniskapital schaffen. Mit diesen Maßnahmen wollen wir Deutschland von den hinteren Plätzen bei den Finanzierungsbedingungen für Forschung, Entwicklung und Innovation und bei der Gründungsfinanzierung wieder nach vorne bringen.

Daneben wird es ein wichtiges Anliegen der Politik sein, das schlechte Abschneiden bei den „innovationsrelevanten Einstellungen und Verhalten der Bevölkerung“ zu verändern. Die Risikoscheu in der Bevölkerung – vor allem bei den Frauen – hemmt die mögliche Teilhabe an Innovationsprozessen. Sie partizipieren immer noch zu wenig an den Innovationsprozessen. Wir brauchen wieder eine Technik- und Innovationsoffenheit in Deutschland.

**Laurenz Meyer** ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

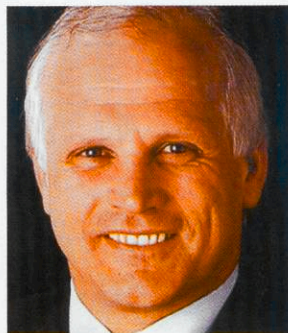
## Grüne kaschieren mangelnde Kontrollen bei Gammelfleisch

**Die Aussagen der Abgeordneten der Grünen, Berninger und Höhn, Gammelfleisch gäbe es schon seit Jahren, lassen doch nur den Schluss zu, dass sowohl die bis vor kurzem zuständige Bundes- und Landesministerin als auch der ehemalige Staatssekretär in ihrem Amt versagt haben.**

Eine solche Erkenntnis kann nicht von heute auf morgen gewachsen sein, sondern man muss dazu Hintergrundwissen gehabt haben. Jetzt plötzlich hat man offensichtlich Kontakt zu Insidern, in Regierungszeiten soll man ahnungslos gewesen sein. Wie man es dreht und wendet: Diese Presseäußerung zeugt von Unstimmigkeit bei Reden und Handeln.

Dies entlarvt auch die in den letzten Tagen immer wieder aufgetischte Mär, dass ein Verbraucherinformationsgesetz nach grünem Strickmuster die Skandale verhindert hätte. Wo keine Kontrolle, da greift auch kein Gesetz.

Wir unterstützen deshalb das umfangreiche Maßnahmenpaket von Minister Seehofer und sein entschlosse-



Peter Bleser

nes Durchgreifen. Manche Grüne können wohl nicht den Verlust ihres Amtes verschmerzen, nur so kann man ein solches Gerede verstehen.

**Peter Bleser** ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Nationale Raumfahrtstrategie erforderlich

**Raumfahrt hat eine strategische Schlüsselbedeutung für Deutschland und Europa. Der weltweite Technologiewettbewerb findet nicht zuletzt auf dem Feld der Raumfahrt seinen Niederschlag. Europa kann nur zu den führenden technologischen Regionen der Welt zählen, wenn es bei der Raumfahrt eigene Kompetenzen hat.**



Katherina Reiche



Ilse Aigner

In Deutschland wird die Bedeutung der Raumfahrt weitgehend unterschätzt. Dabei ist sie aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Man stelle sich einen Tag ohne Raumfahrt- und Weltraumanwendung vor. Vom Wetterbericht, über das Internet und die Navigation würde unser Alltag extrem beeinträchtigt, unsere Wirtschaft großen Schaden nehmen.

Auf der ESA-Ministeratskonferenz muss deshalb ein schlüssiges Programm festgelegt werden. Die Stärken bei Erdbeobachtung und Navigation (vor allem GMES und Galileo) müssen voll zum Tragen kommen und der eigene Zugang mit der Trägerkategorie Ariane weiter gewährleistet werden. Darüber hinaus dürfen wir die Grundlagenforschung nicht vernachlässigen, damit wir auch langfristige Strategien entwickeln können. Deshalb

muss der Finanzrahmen für die Raumfahrt verlässlich fortgeschrieben werden.

**Katherina Reiche** ist die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Ilse Aigner** ist die forschungspolitische Sprecherin.

### Die Kultur ist Deutschlands Kernkompetenz

**Die Kultur muss auch zukünftig in Deutschland einen hohen Stellenwert haben: Wir verarmen, wenn wir unser kulturelles Erbe nicht nutzen, wir vereinsamen, wenn wir uns nicht mit kulturellen Herausforderungen auseinandersetzen und wir verlieren an Orientierung, wenn wir der Kultur ausweichen.**

Ich begrüße ausdrücklich das eindeutige Bekenntnis von Bundeskanzlerin Angela

Merkel zum Stellenwert der Kultur. Wichtig ist jedoch gleichzeitig, dass dieser Wille auch durch Taten untermauert wird. Wer den unbestreitbaren Wert der Kultur propagiert, muss die Förderung der kulturellen Bildung wollen. Deshalb muss kulturelle Bildung in der Familie beginnen, ist in der Schule zu verstärken und sollte das tägliche Leben begleiten.

Der Staat hat die Bedingungen, unter denen sich Kunst und Kultur entwickeln können, zu schaffen, ist aber nicht für deren



#### WEB-TIPP

Im CDU-Mitgliedernetz finden Sie ganz aktuell ein Positionspapier der Bundesregierung zum Thema „**Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sichern – Zukunftsfähigkeit Deutschlands wahren**“. Es handelt sich um eine Darstellung des argumentativen Überbaus des im Koalitionsvertrag festgelegten Dreiklangs aus Sanieren, Investieren und Perspektivisch-Reformieren. Das Papier reiht sich damit in die Argumentation des Koalitionsvertrags im Bereich Haushalt und Finanzen ein. [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de)





Wolfgang Börnsen

Inhalte zuständig. Der Staat kann reinhören, aber nicht reinreden.

Deutschland hat als Kulturnation zweifellos eine besondere Verantwortung. Kunst und Kultur sind untrennbar mit der Identität der Deutschen als Nation verbunden. Deutschland besitzt mehr professionelle Theater, Orchester und Opernhäuser als der Rest der Welt, und trotzdem fehlt es an einem deutschen Selbstbewusstsein, unsere Sprache, unsere Filme und damit unsere Wertevorstellungen mehr zu fördern.

Für die Union hat die Förderung von Kunst und Kultur als öffentliche Aufgabe absolute Priorität. Allerdings gilt hier das Motto des ehemaligen kultur- und medienpolitischen Sprechers der Unionsfraktion und neuem Bundestagspräsidenten Norbert Lammert: „Mehr Kultur und nicht mehr Politik“.

Mit Bernd Neumann als Kulturstaatsminister im Bundeskanzleramt ist es gelungen, eine kompetente und politisch versierte Persönlichkeit für die Kultur- und Medienpolitik in Deutschland zu gewinnen.

**Wolfgang Börnsen** ist der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Weniger Gesetze und Verordnungen stärken bürgerschaftliches Engagement

**Absichtserklärungen zur Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements und einer Bürgergesellschaft für unser freiheitliches Gemeinwesen sind die eine Seite der Medaille; der Wille, die erklärten Absichten umzusetzen, die andere, die schwierige Seite. Dies betrifft den Staat und die Bürger gleichermaßen.**

Erfreulich ist: Millionen von Bürgerinnen und Bürgern übernehmen durch ihr bürgerschaftliches Engagement Verantwortung. Ermutigend ist, dass ein Drittel unserer jungen Menschen dabei sind und ein weiteres Drittel dazu bereit wäre, wenn die Voraussetzungen stimmen: weniger Bürokratie, mehr Freiräume, weniger

Bestimmungen, mehr Eigenverantwortung.

Weite Lebensbereiche unseres Gemeinwesens sind seit den 70er Jahren mit gesetzlichen Regelungen, mit einem Netzwerk von Bürokratie überfrachtet und dem direkten Entscheidungsbereich des Bürgers entzogen worden. Politik und Bürger haben dies gemeinsam zu verantworten. Freiwilliges Engagement aber muss Spaß und Freude machen, soll Lebenssinn geben und sich nicht durch zeitraubende Auseinandersetzungen mit Bürokraten aufreiben. Die ständige Wiederholung des Wortes Entbürokratisierung hat bisher nicht eine Regelung außer Kraft gesetzt.

Politiker müssen endlich begreifen, dass nicht alles bis ins letzte und kleinste Detail



### WEB-TIPP

**Was tut die Große Koalition für Kommunen?** Ein umfangreiches Informationspapier der AG Kommunalpolitik der Bundestagsfraktion gibt Auskunft u.a. zu Problemen der Haushaltskonsolidierung, zum Bürokratieabbau und zur Stadtentwicklung.

Das Papier „Kommunal relevant“ finden Sie unter [www.cducs.de](http://www.cducs.de).



geregelt werden muss und Bürger sollten von der Politik nicht fordern, alles durch Gesetz justiziabel und nachprüfbar geregelt zu bekommen. Gesetzliche Vorhaben sind am Nutzen für das Gemeinwesen zu messen, nicht an der Befriedigung partieller Interessen. Dass weniger Staat und mehr Eigenverantwortung gewollt ist, zeigen die zahlreichen Initiativen wie Stiftungen, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Selbsthilfeorganisation und bundesweite Netzwerke, die Bürgerinnen und Bürger an bürgerschaftliches Engagement heranführen, qualifizieren und betreuen. Sie zu fördern und subsidiär zu unterstützen muss Anliegen der Politik, der Wirtschaft und der Bürger selbst sein.

Die Grenzen staatlicher und wirtschaftlicher Möglichkeiten erfahren wir täglich. Staat und Wirtschaft werden die gesellschaftlichen Probleme allein nicht lösen können; sie brauchen mehr denn je die Bürger dazu. Hier können die Medien einen positiven Beitrag leisten



Klaus Riegert

und Engagement zeigen. Die Politik und die Wirtschaft zu kritisieren, ist legitim und berechtigt, aber zu wenig. Ermutigende Signale von dem millionenfachen Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger wird mehr für unser Gemeinwesen bewirken.

Die Politik muss den Mut aufbringen, durch weniger Gesetze und Verordnungen den Bürgerinnen und Bürgern die Entscheidungs- und Verantwortungsbereiche zurückzugeben, in denen sie selbst entscheiden und verantworten können und auch wollen.

Wir brauchen in der Zukunft die Bürgergesellschaft, weil nur sie unsere Zu-

kunft in einem freiheitlichen Gemeinwesen sein kann.

**Klaus Riegert** ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Sport und Ehrenamt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Weinqualität muss international festgeschrieben werden

**Der für die EU-Kommission von der Kommissarin Fischer-Boel ausgehandelte Entwurf eines Weinhandelsabkommens zwischen der EU und den USA benachteiligt die europäischen Erzeuger und trübt die berechtigte Erwartung der Verbraucher nach einem hochwertigen Naturprodukt aus traditioneller Herstellung.**

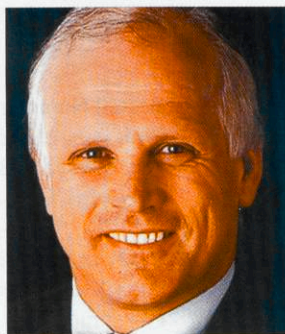
Wir unterstützen die eindeutig ablehnende Haltung von Bundesminister Seehofer gegenüber diesem einseitig die europäischen Erzeuger belastenden Entwurf. Seiner Intervention ist es zu verdanken, dass bei dem kurz bevorstehenden Treffen der europäischen Agrarminister am 19. Dezember dieses für unsere Weinbauregionen eminent wichtige Abkommen nun, entgegen der ursprünglichen Planung, ausführlich diskutiert werden wird.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



Hier gilt es, in Zusammenarbeit mit den anderen betroffenen Weinbaunationen in Europa weitere Verhandlungen zu fordern und damit entscheidende Verbesserungen für die europäischen Winzer zu erreichen.

Die USA stellen den wichtigsten Exportmarkt für die europäischen Weine dar, was den Abschluss eines Handelsabkommens notwendig macht. Es muss jedoch gewährleistet sein, dass die Identität und die Einzigartigkeit deutscher und europäischer Spitzenprodukte auch weiterhin erhalten bleiben und beispielsweise geographische Herkunftsangaben ausreichend geschützt werden. Auch die Zulassung zahlreicher neuer oenologischer Behandlungsverfahren, die Verdünnung oder technische Trennung des Weines in seine Bestandteile sowie die Zugabe von Geschmacksstoffen entgegen den Empfehlungen der, nur von den USA nicht anerkannten, Internationalen Weinorganisation in Paris sind nicht akzeptabel. Dies würde im Verhältnis zu anderen Verhandlungspartnern der EU, für die diese Sonderregelungen nicht gelten, einen Präzedenzfall schaffen, der sofortige Nachverhandlungen mit diesen Ländern bedeuten würde. Die Folge wäre eine



Peter Bleser

weitere Schwächung der Wettbewerbsposition deutscher und europäischer Winzer und Weinkellereien, die weiterhin auf traditionelle und natürliche Weise ihre Spitzenprodukte ausbauen und vermarkten.

Es darf nicht sein, dass beispielsweise zukünftig amerikanischer Wein, der mit bis zu 30% Wasser verdünnt werden darf, ohne jegliche Kennzeichnung verkauft werden dürfte. Die Verbraucher haben das Recht über die Herstellungsverfahren informiert zu werden, um so die freie Wahl zu behalten. Anderenfalls würde ihnen suggeriert, dass Wein gleich Wein sei. Unabhängig davon bedeutet dies für die europäischen Winzer einen erheblichen Wettbewerbsnachteil.

Es ist angebracht, über eine Art Reinheitsgebot für Wein nachzudenken. Ähnlich wie beim Bier, könnte so das Image deutscher Weine



Julia Klöckner

weiter verbessert werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich dafür einsetzen, die Internationale Weinorganisation zu stärken und mittelfristig zu einem international anerkannten Codex für Wein zu gelangen, in dem die gängigen und von Erzeugern, Handel und Verbrauchern akzeptierten Herstellungsverfahren definiert und festgeschrieben sind. Alle nach dem Codex hergestellten Weine sollten dann weltweit gehandelt werden können. Auf dieser Basis blieben traditionelle Produkte geschützt und Markthemmnisse würden beseitigt, so dass die Regelungen auch vor der Welthandelsorganisation Bestand hätten.

**Peter Bleser** ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Julia Klöckner** ist die Beirichterstatterin für Weinbau.

## 60 JAHRE CDU



### Kugelschreiber

Bestell-Nummer: **9204**  
 Preis je **100 Stück: 64,50 €**  
 inkl. MwSt.: 74,82 €

### Streichhölzer „60 Jahre CDU“ Schachtel-Set mit 20 verschiedenen Plakatmotiven

Bestell-Nummer: **9205**  
 Preis je **100 Stück: 8,50 €**  
 inkl. MwSt.: 9,86 €

### Postkarten-Set „60 Jahre CDU“ 5 verschiedene Motive (1 Set)

Bestell-Nummer: **9206**  
 Preis je **25 Sets: 10,00 €**  
 inkl. MwSt.: 11,60 €

### Urkunde „60 Jahre CDU-Mitglied“

DIN A4

Bestell-Nummer: **0189**  
 Preis je **50 Stück: 6,10 €**  
 inkl. MwSt.: 7,08 €

### „60 Jahre CDU“ – Rede von Angela Merkel anlässlich der Festveranstaltung

Bestell-Nummer: **5246**  
 Preis je 50 Stück: **16,50 €**  
 inkl. MwSt.: 17,66 €



## ADVENTSZEIT

### Advents-/Weihnachtsliederbuch

Bestell-Nummer: **2867**  
 Preis je **25 Stück: 8,00 €**  
 inkl. MwSt.: 9,28 €



### Weihnachts-CD

Bestell-Nummer: **9300**  
 Preis je **Stück: 2,00 €**  
 inkl. MwSt.: 2,32 €



### Klassik-CD

„Harmonie in Sinfonie“

Bestell-Nummer: **9116**  
 Preis je **Stück: 4,00 €**  
 inkl. MwSt.: 4,64 €



### CDU-Geschenkbund

10 mm x 25 mm

Bestell-Nummer: **0306**  
 Preis je **Rolle: 4,00 €**  
 inkl. MwSt.: 4,64 €



### Siegelmarke „CDU“

ovale Silberfolie  
 34 x 25 mm,  
 Rolle à 100 Stück

Bestell-Nummer: **0307**  
 Preis je **Rolle: 3,80 €**  
 inkl. MwSt.: 4,41 €



## BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
 Bertelsmann-Versandzentrum  
 Postfach 1162, 33759 Versmold  
 Telefax 05241-8041892  
 e-mail:  
 cdu-shop@bertelsmann.de

Bestellschein > **CDU-Sekt**

CDU-Bundesgeschäftsstelle  
 Bereich Produktion und Distribution  
 Klingelhöferstraße 8  
 10785 Berlin

<b>Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift</b>	<b>Lieferanschrift</b> (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name	CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner	Ansprechpartner
Straße, Nr.	Straße, Nr.
PLZ, Ort	PLZ, Ort
Telefon	Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

PRODUKTAUSWAHL		Gesamtkosten		gewünschte Mengen	bestellter Gesamtbetrag in Euro
CDU-FLASCHENPREIS: 5,60 € zzgl. MwSt.					
CDU-PRÄSENTKARTONPREIS: 1,70 € zzgl. MwSt.					
<b>Sektflaschen ohne CDU-Präsentkartons</b> (Flaschenlieferung erfolgt ohne Präsentkartons.)					
Kartonverpackung / Flaschengesamtpreis	Versandkosten ohne Präsentkarton	zzgl. MwSt.	inkl. MwSt.		
<b>6er</b> Karton / <b>33,60 €</b> (6 Flaschen x 5,60 €)	7,50 €	41,10 €	<b>47,68 €</b>	Karton	€
<b>12er</b> Karton / <b>67,20 €</b> (12 Flaschen x 5,60 €)	11,50 €	78,70 €	<b>91,29 €</b>	Karton	€
<b>18er</b> Karton / <b>100,80 €</b> (18 Flaschen x 5,60 €)	15,50 €	116,30 €	<b>134,91 €</b>	Karton	€
<b>30-60 Flaschen</b> ..? Flaschen x 5,60 €	pauschal 25,00 €	Flaschenmenge:		Stück	€
<b>Sektflaschen mit CDU-Präsentkartons</b> (Jede Flasche ist zusätzlich einzeln im Präsentkarton.)					
Kartonverpackung / Flaschengesamtpreis	Versandkosten mit Präsentkartons	zzgl. MwSt.	inkl. MwSt.		
<b>6er</b> Karton / <b>33,60 €</b> (6 Flaschen x 5,60 €)	(inkl. 6 Präsentkartons) 16,70 €	50,30 €	<b>58,35 €</b>	Karton	€
<b>12er</b> Karton / <b>67,20 €</b> (12 Flaschen x 5,60 €)	(inkl. 12 Präsentkartons) 29,90 €	97,10 €	<b>112,64 €</b>	Karton	€
<b>18er</b> Karton / <b>100,80 €</b> (18 Flaschen x 5,60 €)	(inkl. 18 Präsentkartons) 43,10 €	143,90 €	<b>166,92 €</b>	Karton	€
<b>30-60 Flaschen /</b> ..? Flaschen x 5,60 €	pauschal 25,00 €	Flaschenmenge:		Stück	€
	..? Präsentkartons x 1,70 € *	*Präsentkartonmenge:		Stück	€

- Größere Mengen - über 60 Flaschen - Transportkosten auf Anfrage.
- Lieferung erfolgt per Paketdienst. Ab 30 Flaschen mit Spedition. Versand innerhalb von 5 Werktagen.
- Bei einer Bestellmenge ab 30 Flaschen werden die Präsentkartons nur im gefalteten Zustand der Lieferung beigelegt. Auf Wunsch erhalten Sie die Sektflaschen direkt in Präsentkartons - zzgl. Konfektionierungskosten je Fl.: 0,15 € und MwSt.
- Präsentkartons können auch separat - ohne Sektflaschen - bestellt werden. (2,00 € je Stück zzgl. Versand und MwSt.)

.....  
Datum

.....  
Unterschrift



## Chardonnay Brut

Die königliche weiße Chardonnaytraube verleiht diesem Sekt seinen duftigen, fruchtigen Charakter. Dieser Sekt ist sehr bekömmlich und besitzt wenig Säure. Ausgewählte Weine gewährleisten die außergewöhnliche Qualität.



### Sehr geehrte Damen und Herren,

ein heißer Wahlkampf liegt hinter uns. Nur mit Ihrem Engagement und der tatkräftigen Unterstützung vieler freiwilliger Helfer konnte dieser Wahlkampf gemeinert werden. Vielleicht möchten auch Sie jetzt einigen Menschen für ihren tollen Einsatz danken. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle bietet dazu allen CDU-Verbänden und Mitgliedern ein besonderes „Dankeschön-Präsent“ zum Kauf an. Wir produzieren speziell für Sie einen CDU-Sekt. Rebsorte Chardonnay, Geschmacksrichtung Brut.

Unser CDU-Sekt im Geschenkkarton ist ein sehr hochwertiges Präsent.

Das besondere Dankeschön eignet sich für viele Anlässe: Für Mitgliederehrungen, als Dank für Wahlkampfhelfer und -unterstützer oder einfach für gute Freunde und Partner der Partei.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Verschenken.

Mit freundlichen Grüßen,  
Ihre CDU-Bundesgeschäftsstelle

**CDU**

CDU

Versektet und hergestellt in Deutschland – exklusiv für die CDU Deutschlands.

UBG  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, DPAG  
Entgelt bezahlt.



**Gemeinsam für Deutschland.  
Mit Mut und Menschlichkeit.**

Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD

**Gemeinsam für Deutschland.  
Mit Mut und Menschlichkeit.**

Bestell-Nummer: **5283**  
Preis je **10 Stück: 18,00 €**  
inkl. MwSt.: 19,26 €

## BESTELLANSCHRIFT

Bestellungen richten Sie bitte direkt an die  
CDU-Bundesgeschäftsstelle,  
Marketing und interne Kommunikation,  
Klingelhöfer Straße 8, 10785 Berlin

Fax 030 22070-389, E-Mail: [olaf.dembinski@cdu.de](mailto:olaf.dembinski@cdu.de)